

LVE, S. 16,

DONNERSTAG, 31. MÄRZ 2005

## Öffentlicher Appell **Gewerkschafter fordern Erhalt der Stadt-Firmen**

„Wir sagen Ja zu unseren kommunalen Unternehmen und Einrichtungen“: Unter dieser Überschrift haben Verdi-Mitglieder aus dem Rathaus und aus städtischen Unternehmen sowie Vertreter des Netzwerks Attac gestern einen Appell verabschiedet. Privatisierungen seien „kein Mittel zur Lösung der Finanzmisere der Städte und Gemeinden“. Dies halte man denjenigen entgegen, die im OBM-Wahlkampf den Verkauf städtischer Unternehmen gefordert haben.

Für kommunale Unternehmen spreche, dass sie bezahlbare Dienstleistungen von hoher Qualität sichern, der lokalen Wirtschaft die Infrastruktur garantieren, untereinander Gewinn und Verlust ausgleichen und dadurch den Stadthaushalt entlasten, Aufträge an private Unternehmen vergeben und zur Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, von Kaufkraft und Steuereinnahmen beitragen. Bei einem Verkauf wäre „der Abfluss der Erträge aus Stadt und Region vorprogrammiert“.

Die Unterzeichner fordern „eine breite öffentliche Diskussion über die Ziele geplanter Strukturveränderungen“; als Beispiele nennen sie Krankenhaus St. Georg und Stadtwerke. Die Bürger müssten informiert und an Entscheidungsprozessen beteiligt, Betroffene und ihre Vertretungen rechtzeitig einbezogen werden. Denkbar sei, dass die Leipziger sich über Bürgerbegehren und Bürgerentscheide in solche kommunale Grundsatzentscheidungen einmischten. Wenn nötig, würden sich „aktive und mündige Bürger in die Auseinandersetzungen einbringen, um ihr kommunales Eigentum zu schützen“.

T. M.